

XXIV.GP.-NR

10394 /J

ANFRAGE

19. Jan. 2012

des Abgeordneten Wolfgang Zanger
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend die Vergabe von Kursmaßnahmen durch das AMS

Zwischen 2005 und 2010 vergab das AMS über 10.000 Kursmaßnahmen. Trotz der Tatsache, dass bei zahlreichen Kursmaßnahmen eine Vergabe nach dem Wettbewerbsrecht erfolgt, konnte der Rechnungshof in seiner Prüfung keine geeigneten Kennzahlen oder Auswertungen auffinden. Es fehlten zudem österreichweite Preis- und Leistungsvergleiche.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigenden Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE

1. Wie ist die Finanzierung mehrjähriger Kursmaßnahmen betriebswirtschaftlich ausgerichtet?
2. Welche Maßnahmen wurden seit der Veröffentlichung des Rechnungshof-Berichtes im vergangenen Jahr ergriffen?
3. Welche Maßnahmen werden in Hinblick auf die Kritik des Rechnungshofes noch ergriffen?
4. Sollten keine Maßnahmen ergriffen werden, aus welchem Grund ist das der Fall?
5. Inwieweit wurde eine einheitliche Vergabestrategie realisiert?
6. Erfolgt mittlerweile eine vertiefte Angebotsprüfung bei der Auswahl von Kursanbietern?
7. Wenn ja, nach welchen Kriterien?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Werden in der Zwischenzeit unter den einzelnen AMS-Bundesländerstellen Vergleiche gezogen?
10. Wenn ja, in welchem Umfang?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. In welchem Umfang werden Kennzahlen oder Auswertungen verwendet, die eine effiziente Auswahl ermöglichen und einen kostengünstigeren Ablauf sicherstellen?



AS

19/1